

verteilt in Postfächer:

NIEDERSCHRIFT

der 42. öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung Panketal vom 19.02.2007

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.05 Uhr

Anzahl der gewählten Mitglieder:

28 und hauptamtl. Bürgermeister

anwesend:

zu Beginn
später:

19 und hauptamtl. Bürgermeister
20 und hauptamtl. Bürgermeister
(siehe Anwesenheitsliste, Anlage 1)

es fehlten:

Herr Dr. Baeseler - entschuldigt
Herr Friehe – entschuldigt
Herr Jehle - entschuldigt
Herr Michel - entschuldigt
Herr Rink – entschuldigt
Frau Schmidt – entschuldigt
Frau Wolschke – entschuldigt
Herr Bona

Mitarbeiter der Verwaltung:

Herr Fischer – Erster Beigeordneter

Teilnahme der Bevölkerung:

ca. 10 Personen

Presse:

Frau Probst, Märkische Oderzeitung

TAGESORDNUNG:

1. Eröffnung der Sitzung durch die Vorsitzende der Gemeindevertretung; Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit;
2. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift der Sitzung vom 22.01.2007
3. Anträge zur Tagesordnung
4. Bericht des Bürgermeisters
5. Termine / Sonstiges
6. Bericht des Vorsitzenden des Hauptausschusses
7. Anfragen der Gemeindevertreter / Ortsbürgermeister
8. Einwohnerfragestunde (30 Minuten)

VORLAGEN und ANTRÄGE:

9. Mitteilungsvorlage P MV 04/2005/3 – Statistik über die soziale Situation der Gemeinde Panketal

10. Mitteilungsvorlage P MV 10/2007 – Übersicht über Petitionen der Gemeinde Panketal
11. Mitteilungsvorlage P MV 01/2007/1 – Übersicht möglicher Standorte für eine neue Kindertagesstätte in Panketal
12. Mitteilungsvorlage P MV 12/2007 – Schulentwicklungsplanung des Landkreises Barnim für den Zeitraum 2007 – 2012
13. Vorlage P V 15/2007 - Mittelfreigabe Openair Kino Hobrechtsfelde 2007
14. Vorlage P V 16/2007 - Mittelfreigabe Zuschüsse an die freie Wohlfahrtspflege
15. Vorlage P V 17/2007 - Verwaltung der Gemeindestraßen, Unterhaltungskonzeption 2007
16. Vorlage P V 47/2005/2 - Bebauungsplan Nr. 4 P „Bernauer Straße“, Billigungs- und Auslegungsbeschluss
17. Abschlussbescheid an Herrn Thomas Schulze, AfP-Nr. 04/2005
18. Abschlussbescheid an Familie Haak, AfP-Nr. 07/2006
19. Abschlussbescheid an Familie Dau, AfP-Nr. 08/2006
20. Abschlussbescheid an Herrn Spötter, AfP-Nr. 09/2006
21. Abschlussbescheid an Herrn Decker, AfP-Nr. 10/2006

Alle Anträge und Vorlagen der öffentlichen Tagesordnung können auf der Internetseite www.panketal.de in der Rubrik Bürgerforum / Ratsinformation / GV-Sitzungen eingesehen werden.

Zugang zur Sitzung bis 19.15 Uhr über den Haupteingang des Rathauses, danach über den Seiteneingang.

IN NICHT ÖFFENTLICHER SITZUNG

22. Einwendungen gegen den nicht öffentlichen Teil der Niederschrift der Sitzung vom 22.01.2007
23. Anträge zur Tagesordnung
24. Bericht des Bürgermeisters
25. Bericht des Vorsitzenden des Hauptausschusses
26. Anfragen der Gemeindevertreter/Ortsbürgermeister
27. Termine / Sonstiges

VORLAGEN und ANTRÄGE:

28. Vorlage P V 64/2006/2 - Abschluss eines Werbenutzungsvertrages über bestehende Werbeanlagen auf öffentlichen Verkehrsflächen

29. Vorlage P V 14/2007 - Anfrage zur Finanzierung freier Kitas, hier: Kita „Traumschloss“
30. Vorlage P V 11/2007 - Tausch von Flächen an der Schönower Straße 106 und 107
31. Mitteilungsvorlage P MV 108/2006/1 – Information über das Prüfungsergebnis der Sanierung des Mehrfamilienhauses Inntaler Straße 27
-

Zu TOP 1: Eröffnung der Sitzung durch die Vorsitzende der Gemeindevertretung, Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit

Frau Stark, Vorsitzende der Gemeindevertretung, eröffnet die 42. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung Panketal und begrüßt alle Anwesenden.
Die Übergabe der Ladung sowie der Unterlagen zur 42. öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung Panketal erfolgte ordnungsgemäß und termingerecht.
Die Gemeindevertretung war zum Zeitpunkt der Feststellung der Beschlussfähigkeit mit 19 anwesenden Mitgliedern und dem hauptamtl. Bürgermeister beschlussfähig.

Zu TOP 2: Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift der Sitzung vom 22.01.2007

Es liegen keine Einwendungen vor.

Zu TOP 3: Anträge zur Tagesordnung

Frau Stark:

Zusätzliche Aufnahme des TOP Benennung eines sachkundigen Einwohners durch die Fraktion Linkspartei PDS für den Ortsentwicklungsausschuss als TOP 8 a.

Abstimmung: einstimmig dafür

Zu TOP 4: Bericht des Bürgermeisters

Siehe Anlage 2.

Zu TOP 5: Termine / Sonstiges

Siehe ebenfalls Anlage 2.

Frau Zillmann:

teilt mit, dass am 27.02.2007 um 18.00 im Ratssaal die Anliegerversammlung zum Geh- und Radweg Bernauer Chaussee stattfindet und bittet darum, dass an dieser Veranstaltung diesmal mehr Gemeindevertreter teilnehmen.

Am 12.03.2007 um 18.00 Uhr findet im Ratssaal eine gemeinsame Informationsveranstaltung zur weiteren Entwicklung von Schwanebeck im Zusammenhang mit der 750-Jahrfeier von OEA, Ortsbeirat Schwanebeck und Vorbereitungscommittee 750-Jahrfeier statt.

Zu TOP 6: Bericht des Vorsitzenden des Hauptausschusses

Herr Bernhardt:

Der Hauptausschuss hat am 15.02.2007 getagt. Im öffentlichen Teil wurden keine Beschlüsse gefasst. Die entsprechenden Voten des Hauptausschusses werden zu den jeweiligen TOP vorgetragen. Erwähnenswert ist noch, dass auf Einladung des Hauptausschusses die Vorsitzenden der Sportvereine SG Einheit Zepernick e.V., Herr Schmieglitz und SG Schwanebeck, Herr Hiller, teilgenommen haben. Beide Vereine haben insgesamt über 1000 Mitglieder (600 Zepernick und 410 Schwanebeck). Das heißt, jeder 19. Bürger aus Panketal ist Mitglied in einem dieser Sportvereine. Neben der Ausrichtung von Breiten-, Senioren- und Leistungssport im nationalen und internationalen Rahmen ging es beiden Vereinsvorsitzenden auch darum, ihre Probleme und Wünsche darzustellen. Sie haben zwei Dinge hervorgehoben. Zepernick geht es um die Inbetriebnahme eines Kunstrasenplatzes 65 x 100 m, der im Rahmen des Förderplanes Ost einer Drittelfinanzierung unterlegen könnte. Das heißt, die Gemeinde müsse 227.500 Euro bereitstellen. Man kann diese Summe auch klein Rechnen, wenn jeder Panketaler sich an der Finanzierung beteiligt, sind das nur noch 12,00 Euro pro Einwohner. Oder die Gemeinde investiert in die Jugend und Gesundheit für jedes der 600 Mitglieder jeweils 379,16 Euro einmal im Jahr oder in 10 Jahren wären das 37, 19 Euro.

Die SG Schwanebeck mit ihren 410 Mitgliedern benötigt für den Schulsport eine Sporthalle. Die Sporthalle wäre natürlich etwas teurer als der Kunstrasenplatz. Die Kosten liegen bei einer 2-Feldhalle bei 1,8 – 2,3 Mio Euro und bei einer 3-Feldhalle bei 2,1 – 2,7 Mio Euro. Eine Finanzierung würde Folgendes bedeuten: Für die 320 Schüler müsste die Gemeinde einmalig 8.473 Euro bezahlen, gerechnet auf die 10 Jahre wären das nur noch 850 Euro pro Jahr pro Kind. Rechnet man den Sportverein noch mit dazu, dann sind das nur noch 3.700 Euro pro Person auf 10 Jahre.

Entscheidend an der ganzen Geschichte ist, dass sich beide Sportvereine über eine Prioritätenliste einigen, die dann in Zusammenarbeit mit der Gemeindevertretung beraten werden muss.

Zu TOP 7. Anfragen der a) Gemeindevertreter / Ortsbürgermeister

Frau Stark:

eröffnet die Fragestunde.

Frau Dr. Pilz:

möchte gleich beim Sport anknüpfen mit einer Frage zum Klettergarten. Hat der Sportverein inzwischen selber Trainer ausgebildet oder sind das nur Trainer, die von überregional kommen? Denn, wenn der Sportverein selber Trainer ausgebildet hätte, könnte man den Hochseilklettergarten flexibler nutzen. Zum Beispiel letztes Wochenende war ein wunderbares Wetter. Es strichen viele Leute um den Klettergarten umher, aber leider war natürlich alles zu. Die Saison wird erst ab 01.04.2007 eröffnet. Wir haben aber manchmal ein zeitiges Frühjahr, so dass man durchaus auch früher öffnen könnte.

Weiterhin geht es um die Preise, die relativ hoch und für unsere Jugendlichen beinahe unerschwinglich sind. Wäre es nicht möglich, für die Panketaler Jugendlichen eine Art Dauerkarte zu erstellen, die dann in der sog. „Saure Gurkenzeit“ genutzt werden kann? Somit wäre auch eine spontane Nutzung möglich.

Eine weitere Frage: Wenn die Turnhallen von verschiedenen Gruppierungen benutzt werden, werden dann Beiträge von den Mitgliedern erhoben oder wie läuft das ab?

Herr Fornell:

Der Sportverein hat selber Trainer ausgebildet und zwar 11 an der Zahl. Diese werden alle eingesetzt, wenn der Klettergarten offen hat. Zum Saisonbeginn ist mitzuteilen, dass viele Einrichtungen, offiziell am 01.04. in die Saison starten. Das jetzt von der Wetterentwicklung abhängig zu machen, ist nicht im Konzept vorgesehen.

Die Preisgestaltung unterliegt nicht der Gemeinde, sondern dem Betreiber – der SG Einheit Zepernick e.V. Das ist ganz allein Sache des Betreibers. Es gibt im Übrigen Staffelpreise, z.B. für Mitglieder der Sportvereine oder Gruppenrabatte.

Zur Problematik der Sporthallennutzung sei gesagt, dass in Panketal von Vereinen für die Nutzung keine Nutzungsgebühren erhoben werden. Die Hallennutzung ist sehr intensiv. Das liegt sicher auch daran, dass die Nutzung kostenlos ist. Damit liegt Panketal auf weiter Flur alleine. Die Nachbargemeinden und auch Bernau nehmen Nutzungsgebühren. Sie schwanken zwischen 5,00 und 7,00 Euro pro Stunde. In Bernau gibt es eine Hallennutzungssatzung. Wenn man z.B. die Sporthalle des Freien Gymnasiums Pfingstberg nutzen möchte, muss man auch Gebühren von 20,00 Euro pro Stunde bezahlen. Auch Panketal sollte darüber nachdenken, eine entsprechende Hallennutzungssatzung zu erlassen, die nur für Erwachsene, aber nicht für die Kinder gilt. Das wäre nur legitim. Vom Verein werden auch immer wieder Wünsche zur Ausstattung an die Verwaltung herangetragen, z.B. von Frau Platonina, Tanzverein, die gerne Spiegelwände und Parkett haben möchte. Der Kostenpunkt liegt hier bei ca. 38.000 Euro.

Herr Voß:

erinnert sich noch an eine Sitzung des Hauptausschusses im Monat Dezember, in der es um den Parkplatz Seniorenheim ging. Er glaube sich daran zu erinnern, dass von Frau Dr. Kuhn eine Zusage zur Zugänglichkeit des Seniorenheimes zum Parken gegeben wurde. Dort ist bisher nichts passiert.

Im nichtöffentlichen Teil gibt es eine Mitteilungsvorlage zur Finanzierung freier Kitas, hier Kita „Traumschloss“. Beabsichtigt die Gemeinde Panketal, in nächster Zukunft eine Satzung zu erlassen, die sich mit der Finanzierung und vor allen Dingen mit den Standards von Kitas beschäftigt?

Zum Skaterweg sei ihm zu Ohren gekommen, dass der Belag im neuen Abschnitt nicht so gut geeignet sei. Stimmt das und soll das so bleiben?

Herr Fornell:

Es liegt nunmehr ein Schreiben des Anwaltes von Frau Dr. Kuhn vor, der mitteilt, dass die Zusage, die Schranke zu versetzen, von Frau Dr. Kuhn nie gemacht wurde. Das wäre auch baulich gar nicht möglich und es bestehe für die gGmbH auch gar keine Verpflichtung dazu, eine freie Zugänglichkeit zu ermöglichen. Man stehe dort auf der Position, das Zugänglichmachen über Schranke und Klingel reiche aus. Wir hätten hier auch keine Rechte, was anderes zu fordern. Einiges in diesem Brief war aber auch nicht zu verstehen.

Er war am letzten Wochenende vor Ort. Die Schranke war zwar offen. Die ursprüngliche Verabredung, ohne Klingel auf das Gelände zu kommen, wurde nicht umgesetzt. Es werden jetzt ordnungsbehördliche und baurechtliche Maßnahmen geprüft, weiterhin bestehe die Möglichkeit der Kündigung des Pachtvertrages.

Die Gemeinde Panketal wird eine Finanzierungsrichtlinie für Kitas vorlegen. Es gibt einen Entwurf. Dieser ist als Ergebnis der Prüfung der Kita „Traumschloss“ entstanden. Er wird zum Inhalt haben, was bei Freien Trägern finanzierungs- und erstattungsfähig ist. Der Entwurf wurde bereits an die Freien Träger verschickt. Eine entsprechende Beschlussvorlage wird zur März-Sitzung vorliegen.

Den Hinweis zum Skaterweg kenne er auch. Der Belag soll rauer sein, als beim 1. Abschnitt. Das müsse nun geprüft werden. Es erfolgt eine Antwort im Nachgang.

Herr Pfarrer Natho:

Ihm sei bekannt geworden, obwohl er mit dem Seniorenheim nichts mehr zu tun habe, dass ab sofort Schrankenkarten gegen eine Kautions von 10,00 Euro ausgegeben werden. Das die Umsetzung so spät erfolgt, läge wohl daran, dass die neuen Schrankenkarten erst hergestellt und ausgegeben werden mussten.

Mit ziemlich großem Aufwand wurde im Herbst der Umlegungsausschuss gewählt. Er habe noch im Kopf, dass im Januar die erste Sitzung stattfinden solle. Kann die Verwaltung hierzu was sagen?

Herr Fornell:

Der Umlegungsausschuss wird erst aktiv, wenn es was umzulegen gibt. Wenn es also z.B. um Flächentauschaktivitäten – ganze Straßenzüge oder komplexe Flächen - geht. Wenn es nur um Teilflächen – wie Straßenland und Grundstücke – geht, ist der Umlegungsausschuss nicht das gebotene Instrument. Ein entsprechender Fall lag bisher wohl noch nicht vor. Eventuell kann es mit dem Ausbau des Alleenviertels dazu kommen. Eine entsprechende Information werde an die Mitglieder im Bedarfsfall gehen.

Dass das Seniorenheim Parkkarten ausgibt, sei ihm auch bekannt. Das löse aber nicht das Problem. Man werde immer die Situation haben, dass spontane Besucher vor Ort sind. Diese können nicht drei Wochen vorher eine Parkkarte erwerben.

Herr Köbke:

Im Zuge der Baumaßnahmen altes Krankenhaus wurde ein Städtebaulicher Vertrag mit Frau Dr. Kuhn geschlossen. Darin habe sie sich verpflichtet, das Heizhaus abzureißen? Wann erfolgt die Umsetzung der Verpflichtung?

Herr Fornell:

kann darüber momentan nichts sagen. Die Verwaltung wird dies prüfen.

Herr Thiele:

gibt folgende Erklärung zu Nachbarschaftsbeschwerden zum Norma-Markt, Schönower Str. 41 – 42, Panketal, ab:

(Herr Hempel erscheint um 19.30 Uhr zur Sitzung, somit sind 20 Gemeindevertreter und der hauptamtl. Bürgermeister anwesend.)

„Sehr geehrte Damen und Herren,
in der letzten GV-Sitzung am 22. Jan. wurde von Nachbarn des Norma-Lebensmittelmarktes am S-Bahnhof Zepernick Kritik gegen das Vorhaben insgesamt, das Umfeld im Besonderen sowie an der Rolle meiner Person als verantwortlichem Bauherrn geäußert.

Ich bedaure sehr, dass ich an dieser, wie auch den anderen Sitzungsterminen im Januar wegen familiärer Probleme und beruflicher Überlastung nicht teilnehmen konnte – die Verhinderungen waren zuvor entschuldigt worden.

Ich wende mich heute an Sie, weil es Form des Anstandes ist, auf Fragen und Kritik zu antworten, aber auch deshalb, weil es gerade wegen der Kritikpunkte m.E. einiger Richtigstellungen bedarf.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist ganz sicher eines der wertvollsten Güter unserer demokratischen Grundordnung: Allein im Wissen darum, dass dieses Gut den Menschen nicht überall auf der Erde zusteht, sollte damit sorgsam und mit Bedacht umgegangen werden. Im gegenständlichen Fall wird dieses Gut, wie ich Berichten von Anwesenden und dem Protokoll der letzten GV-Sitzung sowie einem unglücklich verzerrend wirkenden Beitrag der MOZ vom 27./28. Jan. 2007 entnehmen kann, aber inzwischen bis zum Rande der wissentlichen Tatsachenverwischung und ansatzweisen Verleumdung missbraucht. Die dabei maßgeblichen Personen, welche sich nach jahrelanger Nachbarschaft, nun in Allianz gegen das Bauvorhaben endlich näher kennen lernen und zu Kampfgenossen werden, scheuen inzwischen nicht einmal mehr vor Lügen und falschen Behauptungen zurück. Wenn Sie zum Beispiel von einer Anwohnerin „aufgeklärt“ wurden, dass ihre Grundstückszufahrt am Tag der Sitzung, dem 22.1.07 noch nicht fertig gestellt sei, so ist belegbar, dass diese schon einen Monat zuvor, nämlich konkret am 18.12.2006 bereits vollendet war. Im Übrigen stand und steht jener anwohnenden Familie noch heute die frühere jahrelang genutzte Zufahrt ebenfalls zur Verfügung, jedenfalls gibt es keine Sperrung der Befahrbarkeit.

Die Liste der Halb- und Unwahrheiten ließe sich fortsetzen, doch ich will das mit Rücksicht auf die anderen Themen des heutigen Abends abkürzen. Eine weiterer Nachbar, der wegen

des davor stehenden Gebäudes gar keine Sichtbeziehung zum Parkplatz hat, beklagte einen fehlenden Sichtschutz. Dieser war lt. Auflage durch „immergrüne Hecken oder andere Bepflanzungen“ herzustellen. An dieser Grundstücksgrenze wurde schon vor einem $\frac{3}{4}$ Jahr eine 1,25 - 1,50 m hohe Thujahecke gepflanzt. Weiter behauptete der gleiche Nachbar, er würde auch des Nachts und bis zu 40 min. von einer Papierpresse gestört. Diese Presse funktioniert nur auf Knopfdruck der Angestellten des Marktes, d.h. bis maximal 20 Uhr und auch nicht unablässig, sondern gerade dann, wenn mal Kartonagen eingepresst werden müssen, also nach dem Knopfdruck noch ca. 2-3 Minuten. Im Übrigen steht dieses Geräusch in keinem Verhältnis zu dem Lärm eines vorbeifahrenden Zuges.

Vor allem kann ein gewisses Maß an Scheinheiligkeit nicht übersehen werden, wenn die hier vorstellig gewordenen Personen fortwährend behaupten, durch das neue Objekt nun erheblich in ihrer Ruhe gestört zu sein, wo sie Jahre zuvor wissentlich ein Grundstück in unmittelbarer Nähe zum Bahndamm und an einer viel befahrenen und damals noch mit Kopfsteinpflaster befestigten Hauptstraße erworben haben. Diese Personen konnten wohl schlecht davon ausgehen, dass die mit Ruinen bestandenen Brachflächen in den Grundstücken der Bahn und auf dem alten Fahrradstand sowie der einhergehenden Wildwuchs aus Gras, mutierten Hecken und alten Obstbäumen ewigen Bestand haben würde. Vielmehr fragt man sich nach den tatsächlichen, tlw. auch nur von Neid und Missgunst geprägten Hintergründen der Beschwerden, die natürlich hier im Dunkeln blieben und dem Gremium der Gemeindevertreter und anwesenden Öffentlichkeit von den Beschwerdeführern nicht vorgetragen werden.

Es ist besonders bedrückend zu erleben, wie inzwischen mehrfach von den verantwortlichen Behörden in der Gemeinde und im Landkreis festgestellt wurde, dass an meinem Bauvorhaben die Auflagen der Baugenehmigung erfüllt wurden, ich mich aber dennoch fortwährend zu angeblichen Fehlern und Missständen zu erklären habe. Ich erinnere Sie daran, dass das Vorhaben in dieser Runde mit zwei Anträgen insgesamt **5 mal** zur Abstimmung stand und dabei immer eine demokratische Mehrheit erzielt hat. Wenn dieses Gremium etwas Anderes gewollt hätte - warum wurde ein Jahr zuvor schon das Bebauungskonzept befürwortet und zur weiteren Umsetzung freigegeben ?

Wenn aus der Stellungnahme eines Offiziellen, dessen persönliche Meinung zum Projekt im Lichte der Auffassung der Verwaltung erscheint, fragt man sich abschließend nur, warum die Verwaltung nicht rechtzeitig für dieses, wie übrigens auch für andere, offenbar bedeutsame Gebiete des Ortes eine Veränderungssperre mit der Ankündigung einer Überplanung vorgeschlagen oder dem Investor entsprechende Unterstützung zur Entwicklung eines verwaltungsseitig gewollten Objektes hat zuteil werden lassen. Nachdem ich vor den Gremien der Gemeindevertretung nachweislich mehr als jeder andere Bauherr von Einzelhandelsobjekten in der Gemeinde Auskunft gegeben und nahezu auch jede interne Frage beantwortet habe, sollte hier nicht der Eindruck stehen bleiben, das von einigen Nachbarn kritisierte Objekt wäre hier nicht hinreichend diskutiert und behandelt worden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe in nunmehr 16 selbständigen Berufsjahren u.a. auch für diese Gemeinde nachweislich qualifizierte Arbeit abgeliefert und darüber hinaus auch schon ein gehöriges Maß ehrenamtlicher Tätigkeit gezeigt sowie Vereine des Ortes und die Feuerwehr mit zahlreichen Spenden unterstützt. Zuletzt habe ich, und das sicher nicht aus Gewinnsucht, auch persönliche Verantwortung und finanzielle Risiken auf mich genommen, um bspw. eine zentral gelegene unansehnliche Bauruine im Ortskern von Zepernick auf Vordermann zu bringen. Wenn dieser historisch wertvolle Baukörper zuvor über 10 Jahre lang dem Verfall preisgegeben war und sich zu diesem Misstand niemand geäußert hat, gibt es nach allem Erlebten hierfür eine einfache Erklärung: Dem früheren Eigentümer genügte es, nur den profitablen Bereich eines Einkaufsmarktes und dazu zwei Geschäftshäuser zu entwickeln. Die am Winkelanger zuvorderst liegenden Wohnbauten bleiben unberührt und verfielen. Und

wie der vorliegende Fall sehr klar verdeutlicht: Der Eigentümer Herr XY wohnt weit weg in Offenbach, dagegen wohnt Herr Thiele um die Ecke - an den kann man sich zu jeder Tages- und Nachtzeit reiben. Leider haben sich bislang nur die wenigen Kritiker des Objektes Norma-Markt lautstark in Szene gesetzt. Es mag wohl in der Natur des Menschen liegen, dass er noch das Haar in der Suppe sucht, wenn die meisten diese schon mit Wohlgenuss verspeisen. Es wäre mir ein Leichtes, Ihnen die Zuschauerplätze in diesem Saal mit Befürwortern und dem Norma-Einkaufsmarkt ggü. positiv gestimmten Menschen aus der Umgebung des Bahnhofes zu füllen. Es gibt nichts auf dieser Welt, was trotz überwiegend positiver Aufnahme nicht von Wenigen Andersdenkenden kritisiert würde. Jedem Menschen recht getan, ist bekanntlich eine Kunst die im konkreten Fall auch ich nicht kann. Zumindest aber, muss man unter anständigen Demokraten und gebildeten Menschen erwarten dürfen, dass der Kritisierte nicht automatisch aus dem Vorstelligwerden der Kritiker sofort zum Objekt der Verfolgung wird.

Im Übrigen darf ich Ihnen gern auch zum -zigten Mal versichern und insofern mein Ehrenwort anlassbedingt wiederholen, dass ich das gesamte, Ihnen Anfang 2005 vorgestellte Bebauungskonzept auch umsetzen, d.h. im kommenden Frühjahr auch mit dem Bau des hier im Bild ersichtlichen Wohn- und Geschäftshauses beginnen und in diesem Rahmen auch einen massiveren, endgültigen Sichtschutzzaun errichten werde. Das derzeitige, von mir immer als solches bezeichnete Provisorium eines Lamellenzaunes, stellt an anderen Märkten übrigens eine endgültige Lösung dar und resultiert zudem aus eigener Planung und nicht wie falsch behauptet, erst aus einer Forderung der Nachbarn. Lassen Sie sich aber ungeachtet meiner erst in der 2. Hälfte des Jahres 2005 begonnenen Baumaßnahmen in diesem Grundstück nicht darüber hinwegtäuschen, dass die so schutzbedürftigen Nachbarn unter der Schönower Str. 44 es in all den Jahren nicht geschafft haben, ihrer Pflicht nach dem Brandenburgischen Nachbargesetz nachzukommen und die ihnen obliegende rechte Grundstücksseite einmal vernünftig und sicher einzuzäunen. Sie werden dort noch heute den alten und inzwischen von der Bodenanfüllung in der Nachbareinfahrt heruntergedrückten Maschendrahtzaun vorfinden, der in all den Jahren weder eine Wartung erfahren hat, noch gegen einen wirksam schützenden Zaun ersetzt wurde. Da trifft es sich doch gut, nun statt der eigenen Pflichterfüllung, jemand Anderen in die „Pflicht“ nehmen zu können, der im Übrigen keinen Sichtschutzzaun, sondern lt. Auflage nur „immergrüne Hecken oder andere Bepflanzungen“ geschuldet hätte. Seien Sie jedoch versichert sehr geehrte Damen und Herren, dass ich trotz der Missstimmungen immer sachlich und freundlich auf meine Nachbarn zugehen und mit ihnen, die pflichtgemäß obliegenden Dinge erörtern werde. Dazu wird es in Kürze entsprechende Briefe geben.

Ich darf aber auch meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass die Nachbarn sich adäquat verhalten werden.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.“

Herr Wetterhahn:

Zur Frage von Herrn Pfarrer Natho zum Umlegungsausschuss:

Der Umlegungsausschuss ist aufgrund einer Initiative der AG Straßenbau und der Verwaltung gebildet worden. Es gibt viele Probleme und der Ausschuss hätte schon längst seine Tätigkeit aufnehmen können. Es geht doch darum, dass eine Grundsatzarbeit geleistet wird. Das war die Intension der AG Straßenbau.

Herr Rochner:

stimmt dem zu. Es bedarf jetzt eines Auftrages durch die Verwaltung oder vorbereitet von der Verwaltung für entsprechende Straßen oder ein ganzes Viertel. Entsprechende

Beschlüsse werden dann in der Gemeindevertretung gefasst und dann kann der Ausschuss tätig werden.

Herr Pfarrer Natho:

versteht das so, dass die Verwaltung jetzt tätig werden muss. Frau Lampe aus der Verwaltung habe bereits vor einiger Zeit erklärt, dass es genügend Aufgaben für den Umlegungsausschuss gäbe. Das muss jetzt konkretisiert und zur Abarbeitung vorgeschlagen werden. Er bittet die Verwaltung, in diesem Sinne zu handeln.

Weitere Anfragen von Gemeindevertretern bzw. Ortsbürgermeister liegen nicht vor.

Zu TOP 9. Einwohnerfragestunde

Frau Stark:

eröffnet um 19.40 Uhr die Einwohnerfragestunde.

Frau Thomas, Anwohnerin Bernauer Straße:

hält ein längeres Statement zum Bebauungsplan Nr. 4 P „Bernauer Straße“, Billigungs- und Auslegungsbeschluss und bittet die Gemeindevertreter darum, sich kundig zu machen, ob nicht der im vergangenen Jahr beschlossene B-Plan mit den Änderungen umgesetzt werden kann. Für sie sei unklar, warum dieser B-Plan wieder umgestoßen werden soll.

Weiterhin wird bemängelt, dass der neue Parkplatz am FFW-Gebäude nicht genutzt wird. Nach wie vor wird kreuz und quer an der Schmiede geparkt.

Herr Thiele:

hat bereits im OEA mit Frau Thomas über den Sachverhalt gesprochen. Es gibt wegen Todesfalls des Architekten einen neuen Architekten und der hat auch ein neues Konzept. Die Gemeindevertretung hatte damals der Variante Wendehammer zugestimmt. Aber wie das so ist, denkt man zu einem späteren Zeitpunkt oft anders darüber. Das ist eine Auslegungssache. Der OEA hat sich dafür ausgesprochen, zur nächsten Sitzung den Architekten, Herrn Langanki, einzuladen und anzuhören. Deshalb sollte die Vorlage auch zurückgestellt werden.

Zum neuen Parkplatz sei zu sagen, dass bereits in der MOZ ein guter Artikel veröffentlicht gewesen war. Die Bürger müssen auf die neue Situation erst hingewiesen werden. Hier sollte auch die Verwaltung tätig werden und eventuell ist der alte Parkplatz zu sperren.

Herr Meinert:

spricht die Problematik der Beschilderung des Rad- und Gehweges in der Bucher Chaussee an. Als Herr Friedrich in der OEA-Sitzung im Oktober das Thema aufbrachte, dass die Schilder „Gemeinsamer Geh- und Radweg“ verschwunden seien, dachte er, er habe sich geirrt. Im weiteren Verfahren wurde festgestellt, dass es eine Auflage der Verkehrsbehörde gäbe, die Schilder zu entfernen. Es liegt ein Schreiben der Verwaltung mit Datum 17.12.2002 vor mit der Unterschrift von Herrn Fischer, dass es von der Verkehrsbehörde einen Beschilderungsplan in Fahrtrichtung Bernau gemeinsamer Fuß- und Radweg, wobei der Fahrradverkehr für den Gegenverkehr in Richtung Berlin zugelassen wird. Es ist doch unverständlich, wenn die gleiche Verkehrsbehörde diese Regelung nunmehr wieder aufhebt. Angeblich soll es dort ja Unfälle gegeben haben. Bisher war es doch so, dass ein Kraftfahrer, der dort einen Radfahrer anfuhr, schuld war. Nunmehr ist es aber so, dass ein Radfahrer, der jetzt nur noch auf dem Fußweg fährt, der Schuldige ist. Die Situation der Radfahrer auf der Straße ist doch jetzt viel gefährlicher. Die Auflage der Verkehrsbehörde sei in seinen Augen ein unerhörter Schwachsinn. Die Verwaltung wurde beauftragt, Widerspruch dagegen einzulegen. Ist ein Widerspruch überhaupt zulässig und wurde er fristgerecht eingelegt? Ist der Widerspruch einsehbar?

Herr Fornell:

Es wurde durch die Verwaltung Widerspruch eingelegt. Zum aktuellen Stand kann in der heutigen Sitzung nichts gesagt werden. Er gäbe aber Herrn Meinert Recht, was die tatsächlichen Verhältnisse betreffe. Was die rechtlichen Verhältnisse betreffe, sei hier zu sagen, dass es um eine Landesstraße gehe. Selbst wenn es um eine kommunale Straße gehen würde, für die Anordnung von Verkehrszeichen ist die Gemeinde nicht zuständig. Wir dürfen nicht ohne Einvernehmen von Eberswalde Verkehrszeichen aufstellen. Das einzige, was bleibt, ist dagegen Widerspruch einzulegen und diesen vernünftig zu begründen. Wir sind jetzt ggw. aber in einer problematischen Situation. Er selbst würde auf dieser Straße permanent Ordnungswidrigkeiten begehen und auf dem Fußweg fahren. Das ist das geringere Übel. Aber das Problem ist, dass dem Radfahrer auf dem Gehweg dann im Falle einer Kollision mit einem PKW die Schuld gegeben werde, weil er verbotenerweise auf dem Gehweg fährt. Die Verkehrsbehörde ist aber auch in der Pflicht, nachzuprüfen, ob die vorhandenen Verkehrsverhältnisse es zulassen auf dem Rad/Gehweg zu fahren. Und genau dort liegt das Problem. Wenn man hier aus den einmündigen Straßen kommt, kann man an vielen Stellen den Radweg nicht einsehen. Man muss sich ganz vorsichtig heran tasten und dann steht man als Autofahrer fast schon auf dem Rad/Gehweg. Viele Autofahrer haben sich gefragt, wie man hier einen Radweg bauen kann, wenn gar keine Möglichkeit besteht, diesen einzusehen. Eine Lösung wäre, dass die Hecken zurück geschnitten oder die Ecken der Grundstücke zurückgebaut werden. Das wäre vielleicht ein Fall für den Umlegungsausschuss. Er kann somit auch die Argumentation der Unteren Verkehrsbehörde verstehen und so werde wahrscheinlich auch die Antwort auf unseren Widerspruch aussehen. Möglich wäre allerdings eine rot markierte Radwegflucht über die einmündenden Straßen. Das erhöht die Aufmerksamkeit und Sicherheit.

Herr Schwertner:

möchte bekannt geben, dass sich auch der OEA ausgiebig damit beschäftigt hat. Auch dort war bekannt, dass die Gemeinde für die Aufstellung der Schilder nicht zuständig ist. Aber man muss sich den Wahnsinn einmal vor Augen halten. Laut Gesetz sind Kinder bis 10 Jahre verpflichtet, den Radweg zum Fahrradfahren zu benutzen. Ältere dürfen das nicht. Wir nehmen also in Kauf, dass Kinder unter 10 Jahre umgefahren werden. Er sehe eine eindeutige Lösung darin, dass man für den Kraftfahrer, der aus dieser Einmündung herauskommt, ein eindeutiges Schild aufstellt, welches besagt, „Achtung Radweg kreuzt“. Dann wird die Rechtslage wieder auf den Kraftfahrer verschoben.

Herr Fornell:

Die Verkehrsschilder standen vorher schon. Eine Lösung sehe er darin, und das wird der Verkehrsbehörde auch vorgeschlagen, die Fahrbahn im Kreuzungs- und Einmündungsbereich farblich zu markieren. Das ist optisch wirksamer als ein Verkehrszeichen. Ob das akzeptiert wird, ist noch offen.

Herr Wetterhahn:

Eins muss man feststellen, die Straße ist noch gar nicht so alt. Als sie gebaut wurde, ist sie durch alle Instanzen gelaufen. Die Untere Verkehrsbehörde hatte da immerhin bestätigt, dass dort ein gemeinsamer Geh- und Radweg entstehen soll. Man kann doch nicht einmal hüh und einmal hot sagen. Die Untere Verkehrsbehörde sollte sich überlegen, ob sie noch richtig „tickt“, wenn sie eine erteilte Genehmigung wieder zurückzieht. Vielleicht sollten wir als Gemeindevertretung – auch, wenn wir dort nichts zu sagen haben – geschlossen einen Appell auf den Weg bringen und sagen, dass wir dieses Verhalten der Verkehrsbehörde im Interesse unserer Bürger als unmöglich finden und es nicht billigen. Noch ein Punkt, es gibt Grundsatzurteile, die besagen, dass bei jedem Unfall mit einem Radfahrer der Pkw-Fahrer die Mitschuld bekommt, egal wie unvernünftig sich der Radfahrer verhalten hat. Die Gerichte gehen davon aus, dass ein Pkw-Fahrer damit zu rechnen habe, dass ein Radfahrer sich unvernünftig verhält.

Herr Meinert:

Die Behauptung des Bürgermeisters, dass dort Schilder nach Zeichen 205 an den einmündigen Straßen standen, ist nicht richtig. Es gab überall die Vorfahrtsschilder, aber nicht das Zeichen Radweg in beiden Richtungen. Hier sind doch alle einer Meinung, daher wird der Verwaltung empfohlen, eine Unterschriftensammlung – wenigstens der Anwohner – ins Leben zu rufen und bei der Verkehrsbehörde vorzulegen.

Herr Liebich:

ist im Prinzip der gleichen Meinung. Was dort gemacht wurde, ist völlig sinnlos. Bis vor kurzem war er der selben Meinung. Er habe aber jetzt erfahren müssen, dass es dort einige sehr schwere Unfälle gegeben hat, z.B. Schädelbasisbruch. Die Unfälle sind entstanden, weil die Radfahrer zu schnell und unachtsam gefahren sind.

Herr Jordan:

hat eine Frage zum Protokoll der letzten Gemeindevertretersitzung. Ein Herr Schütt hatte nachgefragt, was mit der Bürgerinitiative Buchenallee ist, die den Antrag auf Baustopp gestellt hatte. Was ist daraus geworden?

Weiterhin kritisiert er, dass der Straßenzustand der Buchenallee momentan sehr katastrophal ist. In TOP 15 der TO geht es um die Straßenplanung. In den letzten zwei Jahren ist wohl keiner aus der Verwaltung mal an der Buchenallee vorbeigekommen. Die Straße wurde wohl mal im vorigen Jahr glatt geschoben. Seitdem ist dort nur noch Staub, aber die Löcher sind die gleichen und werden immer größer. Am 08.02. musste er von Krankenwagen abgeholt werden. Dieser benötigte für die Strecke von 200 m eine Viertelstunde.

Herr Wetterhahn:

Zur nächsten Sitzung der AG Straßenbau sind Vertreter der Bürgerinitiative eingeladen. Gemeinsam mit diesen Vertretern werde die Problematik durchgesprochen.

Herr Jordan:

Da Herr Semmler momentan ausfällt, möchte er nicht, dass diese Aktion ebenfalls unter den Tisch fällt.

Herr Fornell:

Herr Semmler hat als Ansprechpartner der Bürgerinitiative einen Eingangsbescheid und ein ausführliches Antwortschreiben bekommen. Die Unterschriftenliste wurde als Petition betrachtet und auch an den Petitionsausschuss übergeben. Die Forderung hieß ja, Stopp der Ausbauplanung. Das allerdings widerspricht dem Wunsch von Herrn Jordan nach Ausbau der Straße. Die Verwaltung bekommt jetzt hier widersprüchliche Signale. Bei der Forderung nach einem Verkehrsgutachten stand bereits im Brief der Bürgerinitiative, was eine Auswertung des Gutachtens bringen wird. Das ist sehr interessant, denn dann brauchen wir ja kein Gutachten mehr. Die Gemeinde hat jedenfalls ein Interesse daran, diese wichtige Verkehrsverbindung auszubauen. Im Übrigen wurde die Straße im Herbst geschoben, danach gab es in den ersten zwei Wochen viele Beschwerden. Wenn die Straße geschoben wird, ist es verkehrt und wenn sie nicht geschoben wird, ist es auch verkehrt. Wenn eine Planung aufgestellt wird, ist es verkehrt und wenn nicht, dann ist es auch wieder verkehrt. Es sei schon schwierig, hier allen gerecht zu werden. Im Übrigen dürfen Sie davon ausgehen, dass regelmäßig Mitarbeiter der Verwaltung auch die Buchenallee nutzen. Ich selbst fahre mindestens einmal wöchentlich dort lang.

Herr Rostoski:

bemängelt den Inhalt der Mitteilungsvorlage P MV 10/2007 – Übersicht über Petitionen in der Gemeinde Panketal. Es ist jedoch bemerkenswert, dass aufgrund seiner Nachfrage eine Mitteilungsvorlage erarbeitet wurde. Es werde zwar auf seine Fragen eingegangen, aber sie wurden ungenügend beantwortet. Es bleiben hier viele offene Fragen. Es gibt hier keine Analyse und keine Wertung dazu. Man sieht hier auch keine Zusammenarbeit zwischen

Verwaltung und Petitionsausschuss. Die Anfrage ging an die Gemeindevertretung. Die Verwaltung war aber so nett und hat die Mitteilungsvorlage erstellt. Das die Gemeindevertretung und die Ausschüsse hier den Umgang mit Petitionen kontrollieren, ist ebenfalls nicht sichtbar. Er bittet die Gemeindevertretung, diese Mitteilungsvorlage nicht zur Kenntnis zu nehmen, noch besser wäre, diese durch die Verwaltung zurückzuziehen. Mit seiner Anfrage ist genau so umgegangen, wie mit den anderen Petitionen. Auf die damalige Petition zum Hochseilklettergarten bekam er eine Antwort vom Bürgermeister. Er selbst hatte sich an die Kommunalaufsicht gewandt. Die Antwort der Kommunalaufsicht liegt der Mitteilungsvorlage bei und daraus ist sehr viel Ermessensspielraum zu erkennen. Auch das, was Frau Dr. Pilz angesprochen hatte, war Kernpunkt der Petition. Die Betreuung ist der Schlüssel dafür, ob was wirtschaftlich funktioniert oder nicht. Die Konkurrenz handle ganz anders, wenn man sich z.B. den Klettergarten in Berlin anschaut. Selbst an schönen Herbsttagen sei in unserem Klettergarten kein Betrieb. Ein anderer Betreiber – hätte man das vorher abgeprüft - wäre durchaus in der Lage gewesen, mehr Kunden anzuziehen.

Herr Pfarrer Natho:

findet es schön, dass wenigstens mal einer nach den Petitionen fragt und das gerade dann, als der Petitionsausschuss sich darüber klar war, intensiv nach den Bearbeitungsständen der Petitionen nachzufragen. Ich denke, die Verwaltung hat sorgfältig die Petitionen aufgezeigt. Es gibt tatsächlich zwei Petitionen, zu denen noch kein abschließender Schlussbescheid vorliegt. Die eine Petition war die zur Abwägungspraxis zum Robert-Koch-Park. Hier hatte der Verein des Robert-Koch-Parkes angefragt, ob die Abwägungspraxis richtig von statten gegangen ist. Die Petition ist noch nicht beantwortet, weil uns von der Kommunalaufsicht noch nichts zugearbeitet worden war. Wir sind aber auch sehr unsicher in der Beurteilung der Problematik. Die zweite Sache war die Petition von Herrn Rostoski zum Hochseilklettergarten. Hier gibt es gegensätzliche Meinungen. Wenn man in die Protokoll des Ausschusses schaut, die den Fraktionsvorsitzenden vorliegen, kann man sehen, dass die Stellungnahmen des Petitionsausschusses durchaus anders sind, als das, was hier von der Verwaltung kommt. Wir haben jetzt noch mal in der Verwaltung nachgefragt und für die nächste Sitzung des Ausschusses liegt der Entwurf eines Abschlussbescheides vor. Wir werden sehen, ob wir dann mit der Verwaltung konform gehen können. Herr Rostoski hat Recht, die Stellungnahme der Kommunalaufsicht ist so was von weit gehalten, dass jeder Schlüsse für seine Argumentation daraus ziehen kann. Ansonsten ist es aber auch so, dass die Schlussbescheide, die wir heute auf der TO haben, alle schon etwas spät kommen. Es liegen Gott sei Dank für die nächste Sitzung schon weitere Schlussbescheide vor, die wir aber erst einmal im Petitionsausschuss behandeln werden. Das Problem, was wir hier auch noch haben ist, dass der Ausschuss erst nach der GVS tagt und wir Schwierigkeiten haben, die Entwürfe rechtzeitig zu der darauf folgenden Sitzung einzureichen. Das liegt auch an der Überlastung der Mitglieder des Petitionsausschusses, jeder hat viel zu tun. Herr Rostoski hatte auch nach der Bearbeitungsdauer gefragt. Das kann man nicht so beantworten. Manche Petitionen werden in einer Sitzung abschließend bearbeitet, bei anderen Petitionen dauert es eben zwei Jahre.

Herr Rostoski:

Gibt es im Landtag dafür eine Regelung?

Frau Stark:

verneint diese Frage. Es gäbe keine Regelung. Im Landtag läuft das ähnlich. Es hängt auch von den zuarbeitenden Behörden ab.

Weitere Anfragen von Einwohnern liegen nicht vor. Frau Stark beendet um 20.15 Uhr die Einwohnerfragestunde.

Zu TOP 8 a: Benennung der Fraktion Linkspartei PDS von Herrn Harder für den Ortsentwicklungsausschuss

Frau Stark:

verliest folgendes Schreiben:

„Linkspartei PDS Fraktion

Panketal, den 2.2.2007

An die Vorsitzende
der Gemeindevertretung Panketal

Nominierung eines berufenen Bürgers für den OEA

Sehr geehrte Frau Stark,
wir benennen als berufenen Bürger für den Ortsentwicklungsausschuss Herrn Klaus Harder, Diplomingenieur, wohnhaft Bernauer Chaussee 21, 16341 Panketal.
Mit freundlichem Gruß
gez. W. Draeger
Vorsitzender der Fraktion“

und stellt fest, dass die Benennung durch die Gemeindevertretung zustimmend zur Kenntnis genommen wird.

Zu TOP 9: Mitteilungsvorlage P MV 04/2005/3 – Statistik über die soziale Situation der Gemeinde Panketal

Herr Bernhardt:

Der Sozialausschuss, die Ortsbeiräte Zepernick und Schwanebeck sowie der Hauptausschuss empfehlen, die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Er möchte weiterhin wissen, ob die Angaben stimmen, dass es in Panketal drei Sozialhilfeempfänger gibt?

Herr Fornell:

Die Angaben sind korrekt, es gibt drei Sozialhilfeempfänger, zwei davon sind Kinder. Der Ausländeranteil liegt bei 0,9 %.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Frau Stark:

stellt fest, dass die Mitteilungsvorlage P MV 04/2005/3 zustimmend zur Kenntnis genommen wird.

Zu TOP 10: Mitteilungsvorlage P MV 10/2007 – Übersicht über Petitionen der Gemeinde Panketal

Herr Wilhelm:

ist selbst Mitglied des Petitionsausschusses und schließt sich der positiven Meinung über die Mitteilungsvorlage von Herrn Pfarrer Natho nicht an. Wir alle als Ehrenämter verfügen nicht über solch ein bürokratisches Gedächtnis, wie es die Verwaltung haben sollte. Die anderen Mitglieder des Ausschusses können sicherlich bestätigen, dass die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Ausschuss nicht immer prompt und korrekt ist. Der Bürgermeister meine wohl mit der Mitteilungsvorlage und den Anlagen, dass sich mitunter auch der Ausschuss nicht richtig damit beschäftigt habe. Aber man könne hier sehen, dass die

Anlagen an der Mitteilung nicht vollständig sind. Irgend etwas muss jetzt passieren. Aber wir sind jetzt auf dem bestem Weg, auch in Zusammenarbeit mit der Verwaltung die noch offenen Petitionen abzuarbeiten. Die Petition von Herrn Rostoski war sehr umstritten. Wir sind vier Mitglieder im Ausschuss. Wenn Herr Rostoski dann mal einen Anlauf nimmt und vielleicht auch mal nachhakt, dann könne er sehen, dass es dann ein Pat von zwei zu zwei Stimmen gibt. Herr Rostoski kenne auch die einzelnen Beteiligten im Ausschuss und er könne sich auch vorstellen, wie dort die Mehrheiten sind. Das erschwert ab und zu die Arbeit und manchmal ist ja auch die Politik mit im Spiel.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Frau Stark:

stellt fest, dass die Mitteilungsvorlage P MV 10/2007 zustimmend zur Kenntnis genommen wird.

Zu TOP 11: Mitteilungsvorlage P MV 01/2007/1 – Übersicht möglicher Standorte für eine neue Kindertagesstätte in Panketal

Herr Benhardt:

Der OEA, die Ortsbeiräte Schwanebeck und Zepernick, der Sozialausschuss und der Hauptausschuss empfehlen die Kenntnisnahme der Mitteilungsvorlage, einige mehr und einige weniger, einige modifiziert. Letztendlich liegt es daran, dass jeder seine eigenen Präferenzen für irgendwelche Standorte habe. Aus dem Sozialausschuss kam die Empfehlung, in der Anlage bei „Bebauungsplan Birkenwäldchen“ noch die Wohngebiete Mühlenberg I und II und die Buslinie 900 als Nahverkehrsanbindung aufzunehmen. Eine Bitte für heute, wir nehmen die Mitteilung zur Kenntnis, ansonsten kann darüber noch ein bis zwei Tage geredet werden.

Herr Wetterhahn:

Wie eben gesagt, es werden hier mitunter persönliche Präferenzen eine Rolle spielen. Was hier insgesamt bei diesem Thema fehle, ist die Objektivierung dieser Thematik. Vervollständigen könne man dies, indem die Verwaltung folgende Angaben übermittelt:

- Wie ist die momentane Verteilung der Kinder auf die Kitas?
- Welche Kinder sind nicht versorgt?
- Wo wohnen diese?

Vielleicht komme man dann zu einer ganz anderen Meinung. Aber solche objektiven Kriterien, um einen Standort festzulegen, fehlen. Dabei bleibt es bei der subjektiven Einschätzung, so dass der eine sagte, das gefällt ihm und das nicht. Hier sollte die ganze Sache objektiviert werden, indem man dies mit Zahlen unterlegt.

Herr Fornell:

korrigiert die Mitteilungsvorlage insofern, dass eine Empfehlung der Verwaltung für den Standort Schönower Straße 102 gestrichen wird. Es gibt seitens der Verwaltung keine Empfehlung für irgendeinen Standort. Alle Standorte sind baurechtlich möglich. Für welchen Standort man sich entscheide, hänge von verschiedenen – mitunter auch sachfremden - Faktoren ab. Es verbinde sich auch mit dem Standort mehr, als nur die Frage der Kinderbetreuung. Es gibt auch Städtebauliche und andere Gesichtspunkte die Beachtung finden können. Insofern werde jeder eine eigene Sicht und Wertung der Dinge haben. Er sähe sich außer Stande, die Kriterien zu objektivieren, wo der nächste z.B. wieder sagt, die Busanbindung spielt doch keine Rolle, weil die Eltern eh mit dem Auto zur Kita fahren.

Wenn die Kirche wirklich – wie angekündigt – eine Kita auf dem Pfarrgarten baut, dann ist das Thema für die Gemeinde sowieso beendet, weil es dann nämlich keine weitere Kita geben werde. Herr Pfarrer Natho habe erklärt, dass dies die Kirche beabsichtigt. Es gibt eine Präferenz zugunsten von freien Trägern. Wenn ein freier Träger sagt, er baue eine Kita, dann ist das in Ordnung und sollte von uns begrüßt werden. Die Kita der Kirche muss dann

Träger	Maßnahme	Beantragter Zuschuss	Zu bewilligender Zuschuss
„für Frauen“ e.V.	Frauenhaus Barnim	500,00 €	500,00 €
AWO Kreisverband Bernau e.V.	Schuldnerberatung	500,00 €	500,00 €
Arbeitslosenverband	Mobile Bürgerberatung	2.000,00 €	500,00 €
Eltern helfen Eltern e.V.	Projekte für und mit behinderten Kindern und Jugendlichen	500,00 €	500,00 €

Abstimmung: einstimmig dafür

Die Vorlage P V 16/2007 wird somit einstimmig beschlossen.

Zu TOP 15: Vorlage P V 17/2007 – Verwaltung der Gemeindestraßen, Straßenunterhaltungskonzeption 2007

Herr Bernhardt:

Der OEA, die Ortsbeiräte Zepernick und Schwanebeck und der Hauptausschuss empfehlen die Annahme der Vorlage.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Panketal beschließt die als Anlage beigefügte „Straßenunterhaltungskonzeption 2007“.

Abstimmung: einstimmig dafür

Die Vorlage P V 17/2007 wird somit einstimmig beschlossen.

Zu TOP 16: Vorlage P V 47/2005/3 – Bebauungsplan Nr. 4 P „Bernauer Straße „ - Billigungs- und Auslegungsbeschluss

Herr Fornell:

korrigiert die Nummer der Vorlage auf P V 47/2005/3, statt /2.

Wir hatten jetzt im Verfahren nach § 3 Abs. 1 BauGB die frühzeitige Beteiligung der TÖB. Im Rahmen dieser Beteiligung gab es Stellungnahmen von der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde, von der zuständigen Straßenverkehrsbehörde und auch vom Ordnungsamt zur Funktionalität der Lösung Wendehammer. Dann gab es einen Planer zu diesem Vorhaben, der zwischenzeitlich verstorben ist. Jetzt plant Herr Langanki. Aus den Stellungnahmen der frühzeitigen Beteiligung ist Herr Langanki zu dem Schluss gekommen, dass der Wendehammer vermutlich keine behördliche Zustimmung bekommen wird. Deshalb hat er die Daten überarbeitet und das Ergebnis ist die vorliegende Vorlage.

Herr Pfarrer Natho:

Der erste Entwurf sah doch wohl so aus, wie der, der jetzt vorliegt. Der zweite Entwurf, der beschlossen wurde, war der mit dem Wendehammer. Der dritte Entwurf, der vor uns liegt, ähnelt wieder dem ersten Entwurf. Wenn das so ist, liegt doch aber dazwischen ein Beschluss der Gemeindevertretung, der – aus welchem Grund auch immer – aufgehoben werden muss. So, wie das jetzt angedacht ist, geht das nicht.

Beschluss:

Die Gemeinde Panketal stimmt dem beiliegenden Abschlussbescheid zur Petition der Familie Haak, AfP-Nr. 07/2006, wegen einer Änderung der Verkehrsführung in der Mühlenstraße zur Verkehrsberuhigung, zu.

Abstimmung: einstimmig dafür

Der Abschlussbescheid P V 30/2007 wird somit einstimmig beschlossen.

Zu TOP 19: Abschlussbescheid an Familie Dau, AfP-Nr. 08/2006

Anmerkung der Verwaltung:

O.g. Bescheid erhält nachträglich die Beschluss-Nr.: **P V 31/2007.**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Die Gemeinde Panketal stimmt dem beiliegenden Abschlussbescheid zur Petition der Familie Dau, AfP-Nr. 08/2006, wegen einer Änderung der Verkehrsführung in der Mühlenstraße zur Verkehrsberuhigung sowie Geschwindigkeitsreduzierung, zu.

Abstimmung: einstimmig dafür

Der Abschlussbescheid P V 31/2007 wird somit einstimmig beschlossen.

Zu TOP 20: Abschlussbescheid an Herrn Spötter, AfP-Nr. 09/2006

Anmerkung der Verwaltung:

O.g. Bescheid erhält nachträglich die Beschluss-Nr.: **P V 32/2007.**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Die Gemeinde Panketal stimmt dem beiliegenden Abschlussbescheid zur Petition des Herrn Spötter, AfP-Nr. 09/2006, wegen einer Änderung der Verkehrsführung in der Mühlenstraße zur Verkehrsberuhigung, zu.

Abstimmung: einstimmig dafür

Der Abschlussbescheid P V 32/2007 wird somit einstimmig beschlossen.

Zu TOP 21: Abschlussbescheid an Familie Decker, AfP-Nr. 10/2006

Anmerkung der Verwaltung:

O.g. Bescheid erhält nachträglich die Beschluss-Nr.: **P V 33/2007.**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Die Gemeinde Panketal stimmt dem beiliegenden Abschlussbescheid zur Petition des Herrn Decker, AfP-Nr. 10/2006, wegen einer Änderung der Verkehrsführung in der Mühlenstraße zur Verkehrsberuhigung, zu.

Abstimmung: einstimmig dafür

Der Abschlussbescheid P V 33/2007 wird somit einstimmig beschlossen.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird gegen 20.45 Uhr beendet. Es sind keine Bürger mehr anwesend.

(Herr Liebich verlässt um 20.45 Uhr die Sitzung)

Stark
Vors. der
Gemeindevertretung

Anlage 2

Bericht Bürgermeister zur 42. GVS am 19.2.2007

Antwort des LK Barnim zur Anfrage Angebote im Kleinen Kreishaus PAF 02/2007 – liegt mit Schreiben vom 16.1.2007 vor und ist an alle GV verteilt. Eröffnung soll am 30.6.2007 sein. Antragsannahme und Ausgabe für Kitabetreuung ist geplant, ebenso eine Vor Ort Beratung.

Es gibt einen ablehnenden Bescheid des LK Barnim vom 8.1.2007 zur Umstufung der Hobrechtsfelder Dorfstraße. Dagegen wurde zunächst fristwährend Widerspruch eingelegt.

Am 30.1.2007 ging eine Mitteilung der Ev. Kirche Zp. ein, dass der Gemeindegemeinderat den Pfarrgarten an der St. Annen Kirche als Standort anbietet. Die Schillerstr. ist damit vom Tisch. Im Übrigen erhielt ich von Herrn Pf. Natho heute eine e-mail die vermuten lässt, dass die Kirche in jedem Fall eine Kita auf dem Gelände des Pfarrgartens errichten will. Eine Diskussion um Standorte sei kein Thema für die ev. Kirche. Verstehe ich das so, dass die ev. Kirche eine Kita errichten wird? Dann können wir uns die Diskussion und weitere Debatte um Träger ersparen.

Am 13.2.07 hat eine Besichtigung der AWO Kita in Schönwalde stattgefunden, Teilnehmer: Frau Dr. Pilz, Zillmann, Schmidt, Draeger, Herr Klein, Herr Fornell

Am 1.3.07 wird um 16:30 Uhr eine Besichtigung einer ev. Kita in Bernau stattfinden.

Die Unterversorgung mit Kitaplätzen stellt sich ggw. wie folgt dar:

260 Plätze sind über befristete Ausnahmegenehmigungen eingerichtet. Überwiegend im Bereich des Hortes.

41 Kinder werden in Berlin und 57 über Kostenübernahmeerklärung in anderen Kitas des Landkreises betreut. Dies ist grds. immer möglich und nicht jedes Kind was außerhalb betreut wird ist in Panketal nicht zu versorgen. Manche Eltern wählen wegen des Arbeitsweges oder pädagogischen Konzept bewusst auch eine Kita außerhalb der Gemeinde.

Es gibt Pläne von zwei Pädagogen eine vorschulorientierte Kita mit fremdsprachlichen Hintergrund zu gründen. Aus dieser Kita mit einer vorgesehenen Kapazität von ca. 25 Kindern soll eine freie Grundschule entstehen. Das Projekt firmiert unter dem Namen Futurum. Start hierfür soll 2007 sein.

Beschäftigung einer Rechtsreferendarin - Frau Slanina (ansässig in Panketal) wird vom 1.4.-30.6. ihre Ausbildungsstation „Verwaltung“ bei der Gemeinde Panketal absolvieren.

In der Januar Sitzung hatte ich Sie über insgesamt 1.219.041 Mio. € höhere Landeszuweisungen informiert und darauf hingewiesen, dass sich dieser Betrag noch um den Abzug der Kreisumlage – also um ca. 44 % reduziert. Nachdem uns jetzt der Bescheid des LK zur Kreisumlage 2007 vorliegt, ergibt sich eine Erhöhung der Kreisumlage von ursprünglich veranschlagten 5.254.700 € auf 5.353.163 € also lediglich 98 463 € mehr Kreisumlage. Das hängt damit zusammen, dass wir die Höhe der Kreisumlage noch mit der in Aussicht gestellten Erhöhung auf ca. 46 % gerechnet haben, die Erhöhung dann aber 1,9% geringer ausfiel. Wir haben also in Summe gegen gerechnet ca. 1.120.000 € mehr in 2007 zur Verfügung.

Herr Wetterhahn fragte in der 41. GVS wegen eines vermuteten Verstoßes gegen die Geschoszahl (zwei) im Wohngebiet Mühlenberg II an. Dies wurde überprüft, das in Rede

stehende Gebäude wird gem. Baugenehmigung nur 2-geschossig errichtet. Herr Wetterhahn erhält eine entsprechende schriftliche Info ins Postfach.

Bericht zum Eigenbetrieb/ zur Mitgliedschaft im WAV Panke-Finow

Mit Datum vom 23.1.2007 liegt ein nicht spezifiziertes Angebot des WAV zum Abschluss eines Einleitvertrages für die ADL 500 vor. Wir werden das jetzt verhandeln.

Am 8. 2.2007 hat die 4. Kammer des VG FFO im Verfahren 4 L 476/06 (Bernau gegen LK Bar.) entschieden, dass dem Antrag auf einstweilige AO der Stadt auf Übertragung des Hauptkanals und des HPW an Bernau nicht stattgegeben wird. Der Antrag hatte keinen Erfolg. Der Streitwert ist auf 100 000 € festgesetzt, die Kosten des Verfahrens trägt Bernau.

Bernau hat seine Kreditverpflichtungen die sich aus der Zuordnung bestehender Kreditverträge im Rahmen der Vermögensauseinandersetzung ergeben im Januar 2007 nicht gezahlt. Es handelt sich um anteilig 10 993,50 € die daher von den Banken auf den Konten des Eigenbetriebes abgebucht wurden. Mahnung an die Stadt Bernau am 8.2.2007 ist erfolgt.

Angekündigte Beanstandung der Kommunalaufsicht wegen Wahl der Vertreter in der Verbandsversammlung des WAV – Verstoß gegen § 15,III GKG. Hierzu erfolgt im nicht öffentlichen Teil eine umfassende Darstellung der Sach- und Rechtslage verbunden mit der Bitte an die GV eine Empfehlung zur Besetzung abzugeben.

Termine:

24.2. Tag der offenen Tür in Oberschule Sb.

1.4. Eröffnung 2. BA Skaterweg zusammen mit Saisonöffnung Klettergarten

21.4. Tag der offenen Tür im Rathaus – zusammen mit Unicef Lauf des FGZ

30.4. Walpurgisnacht

Postanschrift: Gemeinde Panketal, Postfach 1113, 16336 Panketal

Fachbereich

Fachamt

an die Mitglieder
der Gemeindevertretung

☎ Durchwahl

(030) 94 51 1-2 88

☎ Zentrale

(030) 94 51 1-0

Fax

(030) 94 51 1-1 99

Hausanschrift:

Gemeinde Panketal

Schönower Straße 105

16341 Panketal

Ansprechpartner

Zimmernummer

Mein Zeichen

Datum

202

10 24 07:BM Fo/ja

21.02.2007

Antworten zu Anfragen aus der 42. GVS vom 19.2.2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Meinert fragte wegen des Widerspruchs gegen die verkehrsrechtliche Anordnung des Wegfalls des kombinierten Geh- Radweges an der Bucher Straße.

Hierauf habe ich geantwortet, dass vom Ordnungsamt bereits Widerspruch eingelegt wurde. Diese Antwort muss ich korrigieren. Sie war falsch. Ich war zu diesem Zeitpunkt vom Ordnungsamt falsch unterrichtet. Auf meine nochmalige Frage am 20.02.2006 beim Ordnungsamt stellte sich heraus, dass bisher kein formeller Widerspruch eingelegt wurde, weil das Ordnungsamt keinen formellen Bescheid der Unteren Verkehrsbehörde (UVB) erhalten hat. Die Abordnung der Radwegebeschilderung erfolgte gegenüber dem Straßenbaulastträger und in Form einer sogenannten Allgemeinverfügung. Hiergegen ist nun erst am 20.02.2007 unter Bezug auf § 80a VwGO (Verwaltungsgerichtsordnung) Widerspruch eingelegt worden. Die Widerspruchsfrist ist nicht verjährt, da bei Allgemeinverfügungen diese ein Jahr beträgt (vergl. § 58, I VwGO).

Allgemeinverfügung ist ein [Verwaltungsakt](#), der sich an einen nach allgemeinen Merkmalen bestimmten oder bestimmbar Personenkreis richtet oder die öffentlich-rechtliche Eigenschaft einer [Sache](#) oder ihre Benutzung durch die Allgemeinheit betrifft (§ 35 S. 2 Verwaltungsverfahrensgesetz).

Anzumerken ist noch, dass wir nicht Straßenbaulastträger der Landesstraße sind und daher nur mittelbar auf die verkehrsrechtlichen Anordnungen Einfluss nehmen können.

Herrn Meinert habe ich bereits am 20.02.07 telefonisch über die falsche Antwort informiert.

Herr Voß fragte wegen des Belages des 2. BA des Skaterweges. Dieser sei rauer und möglicherweise zum Skaten ungeeignet.

Richtig ist, dass der 2. BA mit einer anderen Asphaltmischung hergestellt wurde. Diese ist rauer. Ursächlich dafür ist eine Auflage des Denkmalschutzes des Landkreises Barnim vom 24.11.2005. Dort heißt es auf Seite 2 Ziffer 5:

„Der zu errichtende Skaterweg sollte aus ästhetischer Sicht hellgrau gesplittet werden.“

Der Weg wurde zwar nicht gesplittet, es wurde aber als Kompromiss eine andere Asphaltmischung gewählt. Die Benutzbarkeit ist für normale Freizeitskater damit nicht beeinträchtigt. Für Profilaäufer mag dies eine weniger optimale Lösung sein.

Herr Köbke fragte nach dem Rückbau des Heizhauses an der Schönerlinder Straße und nahm Bezug auf eine vermeintliche Regelung im Städtebaulichen Vertrag im B-Plangebiet Heidehaus. Hierzu ist anzumerken, dass es keine vertragliche Verpflichtung im Städtebaulichen Vertrag B-Plan Heidehaus gibt, die den Rückbau des Heizhauses zum Gegenstand hätte. Richtig ist, dass eine solche A- und E-Maßnahme kurzzeitig diskutiert wurde, die gGmbH hat die erforderlichen A- und E-Maßnahmen

jedoch innerhalb des B-Plangebietes geschaffen. Weitergehende Auskünfte hierzu können bei Frau Buchholz erfragt werden.

Mit freundlichen Grüßen

R. Fornell
Bürgermeister